

WP-4-780 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin

Beschlussdatum: 12.01.2026

Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 780 bis 785:

Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen Überzeugungen öffentlich und ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften leben zu können. Gleichzeitig streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder Weltanschauung (mehr) angehören wollen.

~~Wir Grüne wollen es allen Menschen ermöglichen, ihre religiösen Überzeugungen öffentlich und ohne Benachteiligung gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften leben zu können. Gleichzeitig streiten wir für die Rechte derer, die keiner Religion oder Weltanschauung (mehr) angehören wollen. Beim Vielfalt muss auch im öffentlichen Dienst sichtbar sein. Ob Hijab, Kippa oder andere religiöse Symbole, Lehrkräfte, Verwaltungsangestellte und andere Mitarbeitende im öffentlichen Dienst sollen ihre Religion auch bei der Arbeit ausüben können. Deshalb folgen wir beim Neutralitätsgesetz folgen wir der langjährigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und schaffen es endlich ab. Wir ändern das Ladenschlussgesetz~~

Begründung

Religiöse Vielfalt gehört zur gesellschaftlichen Realität und muss sich auch im öffentlichen Dienst widerspiegeln. Das Recht auf Religionsfreiheit stärkt Chancengleichheit, fördert Vertrauen in staatliche Institutionen und unterstützt eine offene, diskriminierungsfreie Verwaltung.